

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.11.2022

Inhalt

EWN

1 Zwischenlager-Betreiber EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung in Lubmin <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 12.11.2022</i>	3
2 Atom-Endlager kommt nicht vor 2046 <i>sueddeutsche.de, 11.11.2022</i>	5
3 Corona-Regeln: Wirtschaft und Ärzte in MV fordern Ende der Isolationspflicht <i>Ostsee-Zeitung.de, 11.11.2022</i>	7
4 Klimastiftung: Landtag lehnt Abberufung des Vorstandes ab <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.11.2022</i>	8

📰 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 12.11.2022 | S. 3

📄 Auflage: 10.613 | Reichweite: 34.374

👤 Christopher Hirsch

Zwischenlager-Betreiber EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung in Lubmin

Die Verzögerung bei der Suche nach einem Endlager könnte auch für den Standort in Vorpommern Konsequenzen haben.

Lubmin. Der Betreiber des Zwischenlagers für radioaktiven Abfall in Lubmin befasst sich mit einer möglichen verlängerten Zwischenlagerung. Man stelle sich offen der Diskussion und beteilige sich auch an entsprechender Forschung, teilte Kurt Radloff mit, Sprecher der Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (**EWN**). „Entsprechende Forschungsarbeiten laufen bereits, die Ergebnisse liegen aber noch nicht valide vor.“

Am Donnerstag hatte das Bundesumweltministerium bestätigt, dass sich die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven deutschen Atommüll über das angestrebte Datum 2031 hinaus verzögern wird. Ursprünglich sollte es ab 2050 in Betrieb gehen. Auch dieses Datum dürfte damit nicht zu halten sein. Entsprechend steht eine längere Nutzung der Zwischenlager wie in Lubmin im Raum.

Genehmigung gilt zurzeit bis zum Jahr 2039

Die erste Aufbewahrungsgenehmigung für einen Castor in Lubmin endet laut Radloff im Jahr 2036. Für einen längeren Lagerzeitraum müssten neue Nachweise etwa über das Verhalten der Werkstoffe erbracht werden. Hierzu liefen die Forschungsarbeiten.

Am 13. November 1997 – also vor genau 25 Jahren – bestätigte der Landkreis die Fertigstellung des Lagergebäudes nahe dem ehemaligen Kernkraftwerk Greifswald. Die Einlagerung des ersten Castors erfolgte Ende 1999. Laut Bundesamt für die Sicherheit nuklea-

rer Entsorgung (BASE) gilt die Genehmigung für das Zwischenlager Nord (ZLN) bis 2039. Auch wegen neuer Sicherheitsstandards soll frühestens 2027 ein neu zu bauendes Zwischenlager für die 74 Castoren des ZLN in unmittelbarer Nachbarschaft betriebsbereit sein.

Auch mit Blick auf die erwartbar längere Zeit der Zwischenlagerung fordern Kritiker für den Neubau eine sogenannte heiße Zelle, in der unter entsprechendem Schutz gegebenenfalls defekte Castor-Behälter geöffnet werden könnten.

Radloff erklärte dazu, eine solche Einrichtung sei nur dann erforderlich, wenn ein Öffnen des Primärdeckels möglich sein müsste. „Das zugrundeliegende Regelwerk sieht dieses Szenario nicht vor. Eine heiße Zelle bereits heute zu errichten, wäre mit sehr vielen Risiken behaftet, weil wir die heiße Zelle innerhalb der beantragten Lagerzeit auf keinen Fall benötigen.“

Es sei fraglich, ob eine heute eingerichtete heiße Zelle den zukünftigen Anforderungen an die Zwischenlagerung entspreche.

Dennoch habe man die Option der Nachrüstung für den Fall mitgedacht, dass sich das zugrundeliegende Regelwerk entsprechend ändere. Ob eine entsprechende Einrichtung notwendig werde, hinge auch von Festlegungen zur verlängerten Zwischenlagerung ab, die derzeit im Auftrag des Bundesumweltministeriums erarbeitet würden.



KERNENERGIE

Atom-Endlager kommt nicht vor 2046

Eigentlich sollte bis 2031 der Ort feststehen, unter dessen Boden Deutschlands radioaktiver Müll entsorgt werden soll. Nun zeigen interne Unterlagen: Das ist völlig unmöglich.

Der Standort für ein deutsches Atommüll-Endlager steht offenbar erst zur Mitte dieses Jahrhunderts fest - frühestens. Das geht aus einer internen Unterlage der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hervor, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt. Darin untersucht die bundeseigene Firma, die mit der Suche nach potentiellen Standorten beauftragt ist, zwei "exemplarische Szenarien" für die Auswahl. Im schnelleren Szenario könnte demnach bis 2046 feststehen, an welchem Ort der Atommüll gelagert werden soll. Im anderen, aufwändigeren, brauchen die Vorarbeiten bis 2068. Wohl gemerkt bis zur Entscheidung. Der Bau des Endlagers beginnt dann erst.

Die neuen Zahlen liegen weit jenseits aller bisher genannten Zeitpläne. "Die Festlegung des Standortes wird für das Jahr 2031 angestrebt", heißt es in Paragraph 1 des Standortauswahlgesetzes. Erst am Donnerstag war bekannt geworden, dass die bisherigen Vorgaben nicht zu halten sind. Die Auswertung geologischer Daten und auch die Entwicklung der nötigen Methoden verlange mehr Zeit, sagt Steffen Kanitz, einer Geschäftsführer der BGE: "Der Aufwand hat sich sukzessive ergeben." Zwischen Schnelligkeit, Beteiligung betroffener Bürger und Rechtssicherheit dürfe man "die Kugel nicht zu sehr in eine Richtung schieben".

Alles im Plan, so hieß es noch vor einem Jahr

Dennoch kommt die Verzögerung überraschend - und erst recht in diesem Ausmaß. Erst im vorigen Dezember hatte die BGE zugesichert, dass sich am Ziel 2031 nichts ändere. "Zum jetzigen Zeitpunkt liegen uns keine belastbaren Informationen vor, die an einer Zielerfüllung bis zum Jahr 2031 zweifeln lassen", schrieb die BGE-Spitze seinerzeit an die zuständige Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Alle Arbeiten lägen soweit im Plan.

Doch in dem dreistufigen Verfahren, an dessen Ende

der "bestmögliche Standort" stehen soll, läuft immer noch Phase eins. Vor zwei Jahren hatte die BGE einen Zwischenbericht vorgelegt, mit dem mehr als die Hälfte des Bundesgebiets zu potentiellen Endlagergebieten wurden. Diese Regionen müssen nun eingegrenzt werden, bis eine Handvoll Gegenden übrig bleiben. Dann erst beginnt Phase zwei, die eingehende "übertägige" Prüfung, etwa durch seismische Untersuchungen. Allein für diese Phase veranschlagt die BGE nun zwischen sieben und acht Jahren.

Die Untersuchungen könnten Jahrzehnte dauern

Damit erweisen sich alle Annahmen des Gesetzgebers als viel zu optimistisch. Nach dem Scheitern des Projekts Gorleben sollte ein kompletter Neustart des Verfahrens einen Endlager-Ort zutage fördern, der allen Zweifeln und Widerständen standhält - allein durch die Gründlichkeit des Verfahrens. In jeder Phase sollten Bürger und Öffentlichkeit beteiligt werden, und nach jeder Phase sollte sich der Bundestag mit dem Ergebnis befassen und den nächsten Schritt einleiten. Nach der "übertägigen" Erkundung sollte so an zwei Standorten die "untertägige" folgen.

Doch auch hier lauert Verzug. Denn der tiefe Untergrund lässt sich mit verschiedenen Verfahren näher in Augenschein nehmen. Durch abgelenkte Bohrungen etwa, oder indem man gleich ein Bergwerk auffährt. Variante 1 dauert fünf bis sechs Jahre, rechnet die BGE in den Unterlagen vor. Variante 2 dagegen zwischen 13 und 21 Jahren, je nach Gestein und Bedingungen. Zwar gebe es Möglichkeiten, Abläufe zu optimieren, schreibt die bundeseigene Firma. Aber auch jede Menge potentielle Verzögerungen. So oder so: Von den Gorleben-Veteranen dürfte kaum mehr einer leben, wenn ein Nachfolger für den Salzstock im Wendland gefunden ist.

Immerhin will die BGE nun einmal jährlich "Arbeits-

stände" veröffentlichen. Regionen, die zwischenzeitlich aus der engeren Wahl gefallen sind, können dann aufatmen. Andere können darlegen, was bei ihnen gegen ein Endlager spricht. "Gute Beteiligung braucht Zeit", sagt BGE-Chef Kanitz. Der erste "Arbeitsstand" kommt auch erst 2024.

Was Zeitpläne angeht, scheint die Endlager-Firma des Bundes ohnehin entspannt. "In der interessierten Öffentlichkeit sowie der Fachöffentlichkeit", so heißt es in einer internen "Kommunikationsstrategie", "glaubte ohnehin kaum jemand an 2031 als Termin der Standortfestlegung."

Corona-Regeln: Wirtschaft und Ärzte in MV fordern Ende der Isolationspflicht

Wer „nur“ infiziert ist, muss in Schleswig-Holstein nicht mehr zu Hause bleiben: Das Nachbarbundesland hebt die Isolationspflicht für Corona-Infizierte auf. MV hingegen bleibt in diesem Punkt hart. Was Ärzte, Corona-Experten und die Wirtschaft von diesem Kurs halten.

Rostock. Die Schweriner Landesregierung gerät wegen ihrer Corona-Politik in die Kritik. Denn während die ersten Bundesländer die Isolationspflicht für Infizierte aufgehoben haben, hält das Gesundheitsministerium in Schwerin weiter an den strengen Regeln fest.

Vor allem die Wirtschaft, aber auch Ärzte fordern nun, dass auch in MV die Isolationspflicht auf den Prüfstand muss: „Nicht jeder, der sich mit Corona infiziert, hat Symptome – und nicht jeder Job lässt sich aus dem Homeoffice erledigen“, sagt beispielsweise Klaus-Jürgen Strupp, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Rostock.

Drese: Andere Länder preschen vor

Hintergrund: Das Robert Koch-Institut empfiehlt nach wie vor, dass sich Infizierte für fünf Tage in Isolation begeben sollen. Die meisten Bundesländer haben das sogar angeordnet. Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und auch das Nachbarbundesland Schleswig-Holstein weichen davon nun ab: „Mit Symptomen bleibt man zu Hause. Mit einem positiven Test ohne Symptome trägt man überall in Innenräumen eine Maske, außer in den eigenen vier Wänden“, erklärte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) die neuen Regeln. Die vier Bundesländer setzen auf „Eigenverantwortung statt Einschränkungen“. So will Schleswig-Holstein ab dem neuen Jahr auch die Maskenpflicht in Bussen und Bahnen abschaffen.

MV jedoch wird diesen Weg vorerst nicht mitgehen: Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) sieht im Moment keinen Anlass, die Corona-Regeln im Land zu ändern. Sie kritisiert vielmehr das „Vorpreschen“ der anderen Bundesländer. „Wir halten es nach wie vor für wichtig, dass infizierte Personen möglichst wenig Kontakt zu nicht infizierten Personen haben. Eine Verschiebung von verpflichtender Isolation zu komplett eigenverantwortlicher Kontaktbeschränkung sollte nicht vor der erwarteten Winterwelle er-

folgen“, sagte Drese der OZ. MV gehe es vor allem um den Schutz von Risiko-Gruppen. Und außerdem: Isolation bedeute nicht, dass Arbeitnehmer nicht arbeiten könnten – zum Beispiel im Homeoffice.

„Wer krank ist, bleibt eh zu Hause“

Dass die Landesregierung dem Beispiel Schleswig-Holsteins nicht folgen will – IHK-Präsident Strupp hat dafür kein Verständnis: „Bei der Landesregierung ist immer noch nicht angekommen, dass sich nicht jeder Job von zu Hause aus erledigen lässt.“ Strupp selbst ist Chef eines Autohauses: „Wir brauchen auch noch Menschen, die mit dem Schraubenschlüssel in der Werkstatt arbeiten.“ Die Isolationspflicht macht aus seiner Sicht keinen Sinn mehr: „Wer krank ist, bleibt zu Hause. Aber wer sich gut fühlt, sollte auch zur Arbeit gehen dürfen – mit Maske, meinetwegen.“

Auch Ärzte in MV halten die Isolationspflicht nicht mehr für zeitgemäß. „Ja, wir sollten über die Aufhebung nachdenken“, sagt beispielsweise der Greifswalder Kinderarzt Andreas Michel. „Die echte Grippe, die Influenza, ist genauso gefährlich wie das Coronavirus. Und mit einer Grippe muss sich auch niemand isolieren“, so Michel. Er würde stattdessen für Infizierte eine FFP-2-Maskenpflicht begrüßen: „Damit könnten sie einkaufen, arbeiten.“

Prof. Dr. Emil Reisinger, Infektionsmediziner an der Uni-Klinik Rostock und Corona-Experte der Landesregierung, hält es ebenfalls für angebracht, über das Ende der Isolationspflicht zu beraten – aber erst in einigen Wochen: „Anfang Dezember wissen wir, ob wir eine Winterwelle bekommen und wie hoch sie werden könnte.“ Die neuen Corona-Varianten zögen kaum noch schwere Verläufe nach sich: In Rostock würden aktuell lediglich drei Patienten auf der Intensivstation behandelt. „Die Lage ist beherrschbar.“ Und: Derzeit fielen mehr Klinik-Mitarbeiter mit „anderen Atemwegsinfekten“ aus als mit Corona.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.11.2022 | S. 7

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pubantz

SCHARFE DEBATTE

Klimastiftung: Landtag lehnt Abberufung des Vorstandes ab

Die Grünen wollen den Vorstand um Erwin SELLERING schnell loswerden, die Justizministerin sieht dafür keine rechtliche Handhabe. Im Landtag zeigt sich die Ohnmacht der Politik gegenüber einer Stiftung für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2, die (fast) niemand mehr haben möchte.

Nächster Akt im Streit um die Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV: Die Grünen sind im Landtag mit ihrem Vorstoß gescheitert, eine Abberufung des Stiftungsvorstandes um Erwin SELLERING durchzusetzen. SPD, Linke und AfD stimmten dagegen.

Das Land sei in der „Pflicht“, SELLERING & Co. abzusetzen, so Constanze Oehrich (Grüne). Wie ein Gutachten untermauere, bestehe „eine Gemeinwohlgefährdung“. Heißt: Durch die russischen Erdgaspipeline Nord Stream sei der Ruf der Stiftung ruiniert und der des Landes in Gefahr. Der Landtag habe im März beschlossen, die Stiftung aufzulösen - bisher ohne Wirkung. Laut Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke) gebe es „keine Möglichkeit, den Stiftungsvorstand abzurufen“. Das sei nur bei stiftungsschädigendem Verhalten möglich - dies liege nicht vor. SELLERING habe zugesichert, zurückzutreten, wenn der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb für den Bau von Nord Stream aufgelöst ist. Der Prozess dauere an.

Es folgt ein Schlagabtausch im Landtag. Horst Förster (AfD) wirft den Grünen ein „absurdes Theater“ vor, obwohl die Rechtslage klar sei: Die Stiftung sei weder von außen auflösbar noch gebe es Gründe zur Abberufung des Vorstandes. An die Grünen: „Was Sie hier machen, ist eine Aufforderung zum Rechtsbruch.“ CDU und FDP kritisieren, dass der Landtag vorgeführt werde - von SELLERING. René Domke (FDP): „Wir werden mit dem Ring in der Nase durch die Manege geführt.“ Von SPD und Linken heißt es: Man wolle die Stiftung loswerden, so einfach sei das aber nicht.

SELLERING wirft den Grünen vor, bewusst Tatsachen zu verdrehen. Sie forderten offenbar „zum Rechtsbruch“ auf. Die Stiftung habe fast alle Presseanfragen beantwortet, wehre sich aber vor Gericht, auch die Namen von am Bau der Pipeline beteiligten Firmen zu nennen. „Diese Unternehmen müssen geschützt werden.“ Den Grünen droht SELLERING mit Klage - wegen Beleidigung oder Verleumdung. Frank Pubantz